



Verantwortung.
Gemeinsam.
Für Homberg.

CDU

CDU-Stadtverordnetenfraktion der Kreisstadt Homberg (Efze) |
Steinweg 3 | 34576 Homberg (Efze)

Christian Haß
Fraktionsvorsitzender
info@cdu-homberg.de

Homberg (Efze), 09.06.2026

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Martin Herbold
Rathausgasse 1
34576 Homberg (Efze)

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die CDU-Fraktion bittet, den nachfolgenden Antrag „**Möglichkeiten des KommFlexG aktiv nutzen**“ zur Abstimmung auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung zu nehmen:

„Der Magistrat wird beauftragt, die Voraussetzungen für eine Antragstellung nach dem Kommunalen Flexibilisierungsgesetz (KommFlexG) zu schaffen und der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens 31. Dezember 2026 konkrete Antragsvorschläge vorzulegen.

Nach entsprechender Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung sind die erforderlichen Anträge beim Land Hessen einzureichen.“

Begründung:

Mit dem Kommunalen Flexibilisierungsgesetz hat das Land Hessen den Kommunen erstmals die Möglichkeit eröffnet, zeitlich befristet von bestimmten landesrechtlichen Standards abzuweichen und neue Formen der Aufgabenerfüllung zu erproben. Ziel ist es, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen, kommunale Handlungsspielräume zu erweitern und die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu stärken.

Die Kreisstadt Homberg (Efze) sollte diese Chance aktiv nutzen. Gerade kleinere und mittlere Kommunen stehen vor der Herausforderung, mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen eine Vielzahl gesetzlicher Anforderungen zu erfüllen. Das KommFlexG bietet die Möglichkeit, bestehende Verfahren auf ihre Praxistauglichkeit zu überprüfen und innovative Lösungen zu erproben.

Nach unserer Auffassung bestehen besondere Potenziale dabei in folgenden Bereichen:

Denkmalschutz und Altstadtentwicklung

Homberg (Efze) verfügt über eine historisch bedeutende Altstadt mit zahlreichen denkmalgeschützten Gebäuden. Eigentümer, Investoren und Gewerbetreibende berichten regelmäßig von langwierigen Abstimmungs- und Genehmigungsprozessen. Es sollte geprüft werden, ob Verfahrensabläufe vereinfacht, Zuständigkeiten gebündelt oder digitale Verfahren eingeführt werden können, ohne den Schutz des kulturellen Erbes zu beeinträchtigen.



Verantwortung.
Gemeinsam.
Für Homberg.

CDU

Ziel muss sein, Sanierungen, Umnutzungen und Investitionen zu erleichtern und Leerstände schneller zu beseitigen.

Bauverwaltung und Genehmigungsverfahren

Bauanträge und bauordnungsrechtliche Verfahren verursachen häufig erhebliche Bearbeitungszeiten. Durch flexiblere Verfahrensregelungen könnten Genehmigungen beschleunigt und die Servicequalität für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen verbessert werden.

Vergabe- und Beschaffungswesen

Die Durchführung kommunaler Vergabeverfahren bindet erhebliche Ressourcen. Es sollte geprüft werden, ob Vereinfachungen bei Verfahrensabläufen, Dokumentationspflichten oder Zuständigkeitsregelungen möglich sind, ohne die Grundsätze von Transparenz, Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit zu gefährden.

Veranstaltungsgenehmigungen

Vereine, Veranstalter und Ehrenamtliche sehen sich häufig mit komplexen Genehmigungsabläufen konfrontiert. Gerade für traditionelle Feste, Märkte und kulturelle Veranstaltungen sollte geprüft werden, wie Verfahren vereinfacht und Bearbeitungszeiten verkürzt werden können, ohne Sicherheitsanforderungen zu beeinträchtigen.

Kommunale Satzungen

Es sollte geprüft werden, in welchen Bereichen kommunale Satzungen durch übergeordnete landesrechtliche Vorgaben unnötig eingeschränkt werden und ob durch befristete Standardbefreiungen mehr kommunale Gestaltungsspielräume geschaffen werden können. Dies gilt insbesondere dort, wo innovative Lösungen vor Ort schneller und praxisnäher umgesetzt werden können.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Haß
Fraktionsvorsitzender